

DURCH DIE .. ATMOSPHERE



Über die Aussichtslosigkeit gängiger
Strategien zur Lösung der Klimakrise

1. Klimaschutz im Supermarkt?	07
2. Befreiung vom Überfluss?	13
3. Der Staat als Klimaretter?	19
4. Das regelt der Markt?	27
5. Durch die Atmosphäre!	33

„Wirbelstürme fordern Dutzende Tote“, „Hohe Ernteaussfälle wegen Dürre“, „Wetterextreme nehmen zu“. So oder so ähnlich lauten die Schlagzeilen der Ereignisse, die Meteorolog_innen und Klimaforscher_innen als erste Auswirkungen des Klimawandels beschreiben. Die klimatischen Veränderungen und die daraus resultierenden Extremwetterereignisse führen dazu, dass Landstriche verwüstet, Existenzgrundlagen zerstört und Menschen in die Flucht getrieben werden. Die Prognosen von Klimaforscher_innen beschreiben die drastischen Folgen des Klimawandels, sollte eine Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur die Grenze von 1,5°C überschreiten. Die Rede ist von einem Anstieg des Meeresspiegels und den damit einhergehenden Überflutungen von Küstengebieten, einem vermehrten Auftreten von Dürren, Wasserknappheit und den damit zusammenhängenden humanitären Katastrophen; um nur einige Beispiele zu nennen. Die Folgen des menschengemachten Klimawandels, der durch die energieintensive und industrielle Produktionsweise des Kapitalismus der letzten zwei Jahrhunderte mit ihren immensen Treibhausgasemissionen geschaffen wurde, sind gigantisch und kaum abzuschätzen.

Ein Abstreiten der menschlichen Verantwortung für den Klimawandel findet in Teilen der AFD und der sogenannten „Neuen Rechten“ statt. Von allen großen Parteien in Deutschland hingegen, von Die Linke bis CSU, gibt es Lippenbekenntnisse gegen den Klimawandel. Die Problematik des Klimawandels ist also flächendeckend bekannt und schon seit langem Thema in der internationalen Politik. Dies zeigt sich unter anderem an den seit Ende der 70er Jahre stattfindenden Klimagipfeln, bei denen Regierungschef_innen aller Länder zusammenkommen, um Pläne zur Reduktion des Kohlendioxid Ausstoßes zu schmieden. Diese Klimakonferenzen und die dort verabschiedeten Abkommen, wie das Kyoto-Protokoll oder das Übereinkommen von Paris, erkennen die Problematik des Klimawandels an und benennen Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Anstatt konkrete Maßnahmen zu beschließen, verbleiben als Resultate dieser Klimakonferenzen meist nur unkonkrete Absichtserklärungen, während verbindliche Verträge von einzelnen Ländern blockiert werden.

Das Scheitern staatlicher Klimaschutzpolitik löst in Anbetracht der Brisanz der Lage zunehmend Unverständnis gegenüber der vermeintlichen Handlungsunfähigkeit der Regierungen aus. Mit Fridays For Future ist eine riesige Bewegung entstanden, die an Politiker_innen appelliert, endlich zu handeln. Rund um den Globus schließen sich immer mehr Menschen den Klimastreiks an und fordern wirksame Maßnahmen der Staaten gegen den Klimawandel. Während auf politischer Ebene über technische Innovationen, CO₂-Steuern oder die Umstrukturierung hin zu einem „Grünen Kapitalismus“ diskutiert wird, sehen viele Menschen sich selbst und ihr eigenes Handeln in der Verantwortung im Kampf gegen die Klimakatastrophe. So gewinnt das Hinterfragen des eigenen Konsumverhaltens oder das Engagement für die Befreiung der Gesellschaft vom Wachstumszwang an Zulauf.

Die Welt weiß also vom Klimawandel und ebenso von dessen verheerenden Folgen. Daher nimmt sich diese Broschüre nicht zum Ziel festzustellen, dass es dringend einer Reduktion des CO₂-Ausstoßes bedarf, um den Planeten für alle Menschen als lebenswerten Raum zu erhalten. Vielmehr soll es darum gehen, einige populäre Strategien, die es zur Abkehr des Klimawandels gibt, kritisch zu betrachten und anhand dessen aufzuzeigen, weshalb diese zwangsläufig wirkungslos bleiben. Es erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem individualistischen Lösungsansatz der Konsumkritik (Kapitel 1) sowie mit den strukturellen Strategien der Postwachstumsökonomie (Kapitel 2) und dem „Grünen Kapitalismus“ (Kapitel 4), wobei die Grenzen dieser dargelegt werden. Außerdem wird sich der Frage genähert, weshalb die politisch Verantwortlichen trotz des Wissens um den Klimawandel und dessen verheerenden Folgen für den Planeten, diesen nicht aufhalten können (Kapitel 3). Auf diese Auseinandersetzung aufbauend wollen wir im letzten Kapitel den Versuch unternehmen, eine solidarische und ökologische Gesellschaft zu skizzieren, in welcher wirklicher Klimaschutz eine Perspektive hat und ein gutes Leben für alle Menschen möglich ist.



1 Klimaschutz im Supermarkt?

Während der Earth Hour hüllen tausende Städte ihre bekanntesten Bauwerke in Dunkelheit. An einem Tag – für eine Stunde. Ob das Brandenburger Tor in Berlin, der Petersdom in Rom oder die Christusstatue in Rio de Janeiro, alle verschwinden für einen kurzen Zeitraum im Schatten der Nacht. Mit der durch den WWF ins Leben gerufenen Aktion soll ein starkes Zeichen gegen den Klimawandel gesetzt werden. Dieser wird von den aufrufenden Institutionen als „eine der größten Bedrohungen für die Vielfalt der Lebewesen auf unserer Erde“ ausgemacht. Dass Klimaschutz vielen Menschen wichtig ist, drückt sich unter anderem in der hohen Beteiligung an der Earth Hour von über 400 Städten und unzähligen Haushalten aus. Die Aktion soll dabei nicht nur ein Signal an die Politik senden, sondern auch ein persönlicher Beitrag zum Klimaschutz sein.

Jedoch greifen individuelle Lösungen für globale Probleme wie den Klimawandel zu kurz. Dies lässt sich auf verschiedenen Ebenen belegen: So macht der unmittelbare Energieverbrauch privater Haushalte 26% des Gesamtverbrauchs in Deutschland aus und liegt damit deutlich hinter dem von Industrie und Gewerbe mit fast 45%. Bereits diese Zahlen zeigen, dass ein Handeln innerhalb der eigenen vier Wände z.B. durch den Einsatz von Energiesparlampen allein nicht ausreicht, denn der CO₂-Ausstoß soll allein bis zum Jahre 2030 um 40% reduziert werden. Als notwendiger Hebel zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes erscheint uns daher die Produktion, die für einen Großteil des Energieverbrauchs und somit des CO₂-Ausstoß verantwortlich ist.

Um die Produktion nachhaltiger zu gestalten, werden Stimmen, die einen bewussten Konsum fordern, immer lauter. Aus Sicht der „bewussten Konsument_innen“ erscheint es ganz einfach: Je mehr Menschen nachhaltig produzierte Waren kaufen, desto schneller wird die Wirtschaft auf nachhaltige Produktionsformen umschwenken. Weil die Nachfrage das

Angebot steuert, hätten die Kund_innen die Macht und würden somit entscheiden, unter welchen Bedingungen produziert wird. Attac, klimaretter.info, der NABU und viele weitere Organisationen kritisieren, dass die Earth Hour einen lediglich symbolischen Charakter hat und fordern unter dem Motto „Licht an – aber richtig!“ den Energieanbieterwechsel. Durch den Umstieg auf Ökostrom würden Anbieter_innen regenerativer Energiequellen gefördert und die Betreiber_innen schmutziger Kohlekraftwerke, die das Klima verpesten, abgestraft werden. Anhänger_innen dieser Art von Konsumkritik sehen in der bewussten Konsumententscheidung einen politischen Akt, der dazu beitragen soll, die Wirtschaft nachhaltig zu gestalten. Dass die Gründe für den Einsatz klimaschädlicher Technologien durch Unternehmen jedoch ihre Ursache in den Grundpfeilern der bestehenden ökonomischen Verhältnisse haben, wird dabei leider nur selten berücksichtigt.

Um also wirkliche Veränderungen realisieren zu können und dem Klimawandel dadurch entgegenzutreten, bedarf es einem Verständnis dafür, auf welchen ökonomischen Grundlagen Entscheidungen für oder gegen klimafreundliche bzw. schädliche Produktionsprozesse getroffen werden. Denn es sind nicht einfach nur unmoralische Entscheidungen Einzelner, sondern die Folge des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Marktwirtschaft an sich, welche die für alle unumgänglichen Sachzwänge der Konkurrenz und Verwertungslogik hervorbringen. So ist allen bekannt, dass die Unternehmen ihre Waren auf dem Markt verkaufen müssen, denn wer auf seinen Waren sitzen bleibt, ist ökonomisch ruiniert. Schließlich hat der Produktionsprozess mit dem in ihm einhergehenden Erwerb von Arbeitskraft, Rohstoffen und Maschinen Kosten verursacht. Da es in der kapitalistischen Gesellschaft jedoch nicht nur ein einziges Unternehmen gibt, welches beispielsweise Autos produziert, besteht ein permanenter Wettbewerb um den Absatz der eigenen Waren. Um diese auf dem Markt verkaufen zu können, bedarf es also eines guten Arguments. Dieses ist für Waren gleicher Qualität in erster Linie ihr Preis. Egal ob Endverbraucher_innen, die den Strom für ihre Haushalte brau-

chen, oder Automobilkonzerne, welche den Strom für ihre Produktionsstraßen benötigen, der Preis ist das entscheidende Kriterium. Die von einem Unternehmen angebotene Ware muss also möglichst günstig sein. Jedes Unternehmen hat daher ein Interesse daran, möglichst wenig Geld für Löhne, Maschinen und Rohstoffe auszugeben, um die Gewinnspanne zu maximieren. Maßnahmen zum Umweltschutz im Produktionsprozess treten dabei in der Regel als Kostenfaktoren und somit als Konkurrenznachteil auf. Ob energiesparende Maschinen angeschafft werden, ist also keine ökologische, sondern eine rein ökonomische Entscheidung, in deren Fokus die Kostenminimierung im Produktionsprozess und somit auch die Absicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit steht.

Nun sind aber in den Einkaufsläden immer mehr Waren zu finden, die damit werben, besonders umweltschonend zu sein, und dementsprechend auch teurer sind. Hier sehen Konsumkritiker_innen den Ansatzpunkt, um etwas gegen die Umweltzerstörung und den Klimawandel zu unternehmen und sind dazu bereit, für diesen guten Zweck tiefer in die Tasche zu greifen. Für sie ist die Kaufentscheidung eine moralische – weil ökologische – Frage. Dieser Gedanke erscheint uns allerdings absurd, denn die Geldquelle für die Allermeisten ist in dieser Gesellschaft die Lohnarbeit, also der Verkauf der eigenen Arbeitskraft. Da der Großteil der Menschen über kein Eigentum an Produktionsmitteln verfügt, müssen sie ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich Wohnraum und Lebensmittel, aber auch andere Dinge wie Kulturangebote leisten zu können. Da der Lohn jedoch für die Kapitalist_innen nur ein Kostenfaktor im Produktionsprozess darstellt, ist dieser an sich Ziel von Kostensenkungen. Der Grund für niedrige Löhne und umweltschädliche Produktionsprozesse ist also der gleiche, nämlich die Senkung der Produktionskosten, um dadurch die Gewinnspanne zu steigern und im täglichen Hauen und Stechen innerhalb der Konkurrenz auf dem Markt erfolgreich zu sein. Weil das durch Lohnarbeit verdiente Geld das Zugriffsmittel auf die für ein gutes Leben benötigten Produkte ist, heißt mehr Geld für ökologische Produkte auszugeben Verzicht auf andere Sachen. Die Konsumkritiker_innen ziehen demnach sich selbst und

andere in die Verantwortung für das Resultat eines Verhältnisses, welches ihnen selbst schadet.

Generell ist der Lohn der meisten Menschen so knapp bemessen, dass sich ihnen die Frage eines „ökologisch korrekten Konsums“ überhaupt nicht stellt. Die Lohnabhängigen müssen sehen, wie sie mit ihrem Geld über den Monat kommen. Der moralische Zeigefinger, welcher der Konsumkritik anhängt, ist zynisch. Anstatt die Produktionsweise selbst als Ursache für den Klimawandel und die Umweltzerstörung zu kritisieren, werden die Leittragenden eben dieses Verhältnisses zur Verantwortung gezogen. Die angebliche Konsument_innenmacht existiert nur in der Vorstellung eines Teils der Bevölkerung reicher Industriestaaten, welche die Mittel dazu haben, entsprechend ihrer Moralvorstellung zu konsumieren. In der Betrachtung der gesamten Weltbevölkerung ist dieser Anteil verschwindend gering.

Insgesamt ist die Bedingung für einen bewussten Konsum eine ständige Auseinandersetzung mit den Herstellungsprozessen der verschiedenen Anbieter_innen. Nach welchen Aspekten die Kaufentscheidung dann getroffen wird, ist immer eine Abwägungssache. Betrachtet man die Waren unter dem Aspekt der Umweltschädigung oder der Arbeitsbedingungen der Angestellten? Die Konsument_innen allein können sich dabei meist nur für ein Kriterium entscheiden. Und eben damit schließen sie ein anderes aus. Wer bei Aldi Bio-Produkte kauft, der fördert zwar den Bio-Konsum, akzeptiert jedoch auch die schlechte Bezahlung von Mitarbeiter_innen, den Preisdruck auf die Milchbäuer_innen und die schlechten Arbeitsbedingungen in den Obstplantagen. Von der Klimabelastung durch lange Transportwege ganz zu schweigen. Was aber wirklich nötig wäre, um das Klima und die Umwelt zu schützen, was wirklich dazu beitragen würde, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern, das ist nicht in Form eines Produktes zu kaufen. Denn ökologische Waren werden nicht zum Schutz der Umwelt hergestellt, sondern um Geld mit den moralisch aufgeladenen Kaufentscheidungen zahlungskräftiger Kund_innen

zu verdienen. Aus diesem Grund arbeiten die Marketingabteilungen von Unternehmen an einem ökologischen Image. Das hat auch zur Folge, dass bei der Vermarktung der Produkte oft getrickst wird. Der Abgasskandal bei VW im Jahr 2015, bei dem die Messungen der Abgaswerte der Autos manipuliert wurden, sind ein Ausdruck dieser Praxis. Wenn wieder einmal ein Skandal durch die Medien geistert, reagieren die bewussten Konsument_innen nicht selten mit Boykottaufrufen. Als beispielsweise im Mai 1995 der Ölkonzern Shell seine Erdölplattform Brent Spar vor der britischen Küste versenken wollte, besetzten Greenpeace-Aktivist_innen das schwimmende Öllager. Dies führte zu einem riesigen Medienecho, so dass Autofahrer_innen in Dänemark, den Niederlanden und Deutschland Shell-Tankstellen mieden. In der Realität war der Boykott des Shell-Konzerns für die Konsument_innen denkbar einfach: Sie stellten weder die Profitinteressen noch die umweltschädliche Ölproduktion an sich in Frage, sondern steuerten schlichtweg die Tankstellen von anderen Konzernen wie z.B. Aral an, die mit ihrem umweltschädlichen Verhalten Shell in nichts nachstehen.

Konsumkritik bezeichnet einen kritischen Umgang mit dem eigenen Konsumverhalten nach ökologischen und sozialen Maßstäben. Anhänger_innen der Konsumkritik sehen in der bewussten Konsumentscheidung einen politischen Akt, der dazu beitragen soll, die Wirtschaft nachhaltig zu gestalten. Die Konsumkritik kann jedoch keine wirkliche Lösungsstrategie sein, da sie nicht an der Ursache der Ausbeutung von Mensch und Umwelt ansetzt, nämlich der kapitalistischen Produktionsweise. Denn in dieser stellen Umwelt- und Sozialstandards Kostenfaktoren dar, die es für Unternehmen möglichst gering zu halten gilt, um den Profit zu steigern. Anstatt dies jedoch zu erkennen und zu kritisieren, verlagert die Konsumkritik die moralische Verantwortung für Umweltzerstörung und Klimakrise an jede_n Einzelne_n. Viele Menschen können sich jedoch einen bewussten Konsum, mit dem sowieso schon zu geringen Lohn überhaupt nicht leisten. Darüber hinaus offenbart sich die Absurdität dessen darin, dass ausgerechnet die Menschen in die Verantwortung für Umweltzerstörung und Klimakrise gezogen werden, die selber als Lohnarbeitende und somit als „Kostenfaktor“ für die Kapitalist_innen unter diesen Verhältnissen leiden.



2 Befreiung vom Überfluss?

Neben dem Kauf vermeintlich ökologischer Produkte und dem Boykott einzelner Unternehmen, gehört auch der Verzicht zum Repertoire der bewussten Konsument_innen. Dieser Aspekt verbindet die Konsumkritiker_innen mit Menschen, die nicht nur ihre angebliche Konsument_innenmacht nutzen wollen, sondern auch das Wachstum des heutigen Wirtschaftssystems als Ursache der ökologischen Krise ausgemacht haben und dieses überwinden wollen. Einer der Vorreiter der Postwachstumsökonomie ist der Professor der Wirtschaftswissenschaften Niko Paech, auf dessen Grundsätze sich im Folgenden bezogen wird. Der „Überflussgesellschaft“ will er mit „Genügsamkeit“ entgegentreten, um diese zu entschleunigen. So sagt Paech: „Es entspricht ökonomischer Logik in Reinform, sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen beansprucht, aber nur minimalen Nutzen stiftet“, er wirft damit die Frage auf: „Von welchen Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken ließen sich übervolle Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien?“. Allein bei dem Titel seines Bestsellers Befreiung von Überfluss stellt sich die Frage, worin der Überfluss dieser Gesellschaft besteht und wo die Grenzen verlaufen. Biologisch überleben könnten Menschen mit grundlegendsten Sachen wie Wasser und Nahrung. Aber das, was den Menschen ausmacht, ist in Gesellschaft zu leben. Aus diesem Grund sind auch die Bedürfnisse gesellschaftlich. Eine Trennung zwischen natürlichen und unnatürlichen Bedürfnissen zu machen, ist schlichtweg nicht möglich. Sind es doch gerade die von Paech und seinen Anhänger_innen als unnatürlich kritisierten Dinge wie Smartphones und anderer technischer Schnick-Schnack, die das Leben schön und komfortabel machen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Doch wie zielführend ist die Debatte um „unnatürliche Bedürfnisse“ und „die Befreiung vom Überfluss“ überhaupt in einer Welt, in der Menschen nach wie vor an Hunger leiden oder an heilbaren Krankheiten sterben?

Allein schon die Tatsache, dass auf der einen Seite Menschen verhungern und auf der anderen Seite Lebensmittel massenhaft vernichtet werden, zeigt doch, dass es in dieser Gesellschaft nicht um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen geht. Im Kapitalismus sind menschliche Bedürfnisse nur Mittel zum Zweck, um den Profit durch den Verkauf der produzierten Waren zu realisieren. Der Verzicht auf Bedürfnisse hilft weder den Menschen, denen das Geld zur Befriedigung dieser fehlt, noch verhindert es, dass die Güter im Müll landen. Egal, ob das Bedürfnis nach ihnen „natürlich“ oder „unnatürlich“ sei.

Die vermeintliche „Befreiung vom Überfluss“, also der Verzicht auf „unnatürliche Bedürfnisse“ ist nach Paech neben der Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung von Gütern sowie der Stärkung regionaler Märkte Hauptansatzpunkt, um eine Gesellschaft ohne Wachstum zu realisieren. „Wirtschaftswachstum stößt an ökonomische Grenzen. Das als ‚Peak Oil‘ apostrophierte Phänomen einer zu erwartenden Ressourcenverknappung weitet sich absehbar dergestalt aus, dass von einem herrannahenden ‚Peak Everything‘ auszugehen ist“ erkennen Paech und seine Anhänger_innen richtig. Ihre Vorstellungen, das Wirtschaftswachstum innerhalb der bestehenden Verhältnisse von Privateigentum und Marktwirtschaft zu überwinden, kann jedoch nicht funktionieren. Denn das Wachstum ist schon in den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise angelegt. Im Kapitalismus findet Produktion nur statt, wenn sie gewinnbringend ist, also wenn am Ende durch die eingesetzte Arbeitskraft mehr herauskommt als für die Produktion eingesetzt wurde. Eben diese Logik der Profiterwirtschaftung ist es, die innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein Wachstum unumgänglich macht. Denn der erwirtschaftete Gewinn wird erneut investiert, um mit der Produktion weiterer Waren noch mehr Geld zu verdienen. So müssen immer neue Bereiche erschlossen werden, um das verdiente Geld zu investieren und weitere Profite zu erwirtschaften. Oder aber, Waren werden extra so hergestellt, dass sie nur eine bestimmte Lebensdauer erreichen, um sie bei einem Defekt erneut verkaufen zu können. Diese geplante Obsoleszenz ist neben

der Erschließung neuer Märkte eine Möglichkeit, neue bzw. alte Märkte zur Investition von Kapital zu schaffen. Dies ist ökologisch fatal und zeigt auf, dass der eigentliche Nutzen von Waren für die herstellenden Unternehmen nur eine Nebensache darstellt. Darüber hinaus verdeutlicht es, dass das Wirtschaftswachstum ein unmittelbares Resultat der Profitmaximierung als Zweck kapitalistischer Ökonomie ist und eine Abkehr vom Wachstum, eine Überwindung des Kapitalismus voraussetzt.

Darüber hinaus wird die Reinvestition des erwirtschafteten Profits zu einem stummen Zwang. Denn das Profitinteresse von Kapitalist_innen muss sich auf dem Markt gegen andere Kapitalist_innen behaupten. Schließlich bieten auch andere Unternehmen die gleiche Ware an. Um hier bestehen zu können, gibt es für die Unternehmer_innen die Notwendigkeit, das Geld einzusetzen, um effektivere Maschinen und mehr Rohstoffe zur Verwertung einzukaufen. Dadurch steigern sie die Produktivität ihres Unternehmens und versuchen sich so im Preiskampf gegen andere Anbieter_innen durchzusetzen. Die Unternehmer_innen müssen erst einmal davon ausgehen ihre Waren in immer größeren Mengen verkaufen zu können, also zu expandieren. Bei diesem Wettstreit gibt es notwendigerweise auch Verlierer_innen, deren Waren in den Regalen liegenbleiben und keinen zahlungskräftigen Abnehmer_innen finden. Diese nützlichen, aber zur Profitschaffung unbrauchbaren Waren werden regelmäßig in riesigen Mengen einfach vernichtet. Beispielhaft dafür ist, dass der Modekonzern H&M im Herbst 2018 in Deutschland 100.000 Kleidungsstücke verbrennen lassen hat. Die massenhafte Vernichtung nützlicher Gebrauchswerte ist also nicht auf individuelles Konsumverhalten zurückzuführen, sondern ist systemisches Resultat der Marktwirtschaft selbst.

Auch die angesprochene Regionalisierung der Märkte wird nichts an der Tatsache ändern, dass Wachstum kein Auswuchs, sondern der heutigen Wirtschaftsweise immanent ist. So sagt Paech: „viele Bedarfe ließen sich durch regionale Märkte, verkürzte Wertschöpfungsketten bis hin zu Konzepten wie Community Supported Agriculture (CSA) befriedigen“. Um-

gesetzt werden soll dies unter anderem durch die Einführung regionaler Währungen: „So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglichen und krisenresistenten Rahmens“. Eine regionale Ökonomie erscheint uns jedoch mit den aktuellen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen nicht kompatibel. Denn eine Abkehr von regionalen Versorgungsstrukturen ist Folge der Marktwirtschaft an sich. Da es im Kapitalismus, wie beschrieben, darum geht, aus eingesetztem Kapital Profit zu erwirtschaften und diesen erneut zu investieren, haben Unternehmen in der auf Konkurrenz basierenden Marktwirtschaft ein ständiges Interesse daran, neue Märkte zu erschließen, um mehr Waren zu verkaufen. Die Beschränkung auf einen lediglich lokalen Markt würde diesem Interesse diametral entgegenstehen. Darüber hinaus ist die Annahme falsch, dass eine Zentralisation von Produktion Grund für Umweltzerstörung und Krisen ist. Denn Grund für die Umweltzerstörung und Krisen ist, dass die natürlichen Ressourcen in der Verwertungslogik nur als Kostenfaktoren auftauchen und die Marktwirtschaft selbst zu Überproduktion und daraus resultierenden Krisen führt.

Ganz abgesehen davon, dass die von Paech vorgeschlagene Regionalisierung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht realisierbar ist, erscheint uns das „Allheilmittel“ der Regionalisierung nicht zwangsläufig ökologischer und vor allem nicht zeitsparender. Denn eine zentralisierte Produktionsweise hat durchaus das Potenzial ressourcenschonend zu sein und vor allem weniger Arbeitszeit zu verbrauchen. So konnte in vielen Bereichen durch die Zusammenlegung von Produktionsstandorten die Produktivität gesteigert und damit einhergehend die notwendige Arbeitskraft reduziert werden. In einer Gesellschaft, welche nicht den Großteil der Menschen systematisch von den produzierten Gütern ausschließt, hieße dies gleiche Bedürfnisbefriedigung bei weniger Arbeit. Eigentlich ein Grund zur Freude. Im Kapitalismus führt Produktivitätssteigerung jedoch dazu, dass die Arbeitskraft vieler Lohnabhängiger überflüssig wird, diese dadurch kein Geld mehr verdienen und somit den Zugriff auf die zum Leben notwendigen Dinge verlieren. Unabhängig von der Eigentums-

frage kann aus rein technischer Perspektive nicht pauschal gesagt werden, ob eine dezentrale oder zentrale Produktionsweise ökologischer ist. Welche Art und Weise der Produktion umweltschonender ist, kann daher nur im Einzelfall betrachtet werden. Da die Frage, ob nun zentral oder dezentral produziert wird, im Kapitalismus jedoch nach ökonomischen Kriterien entschieden wird, werden vermeidbare Umweltbelastungen oft in Kauf genommen.

Postwachstumsökonom_innen sehen im Wachstum der momentanen kapitalistischen Produktionsweise den Hauptgrund für die Klimakrise. Dem Wachstum müsse Einhalt geboten werden, da die Ressourcen auf der Erde endlich sind. Durch Verzicht, Nutzungsdauerverlängerung von Gütern sowie Stärkung regionaler Märkte soll eine Gesellschaft ohne Wachstum realisiert werden. Die Eigentumsordnung und die Marktwirtschaft sollen als Grundlage der Ökonomie jedoch weiter bestehen bleiben. Dabei wird ignoriert, dass Wachstum nicht die Ursache allen Übels, sondern lediglich die Folge der Profitmaximierung ist, dem Zweck des Kapitalismus selbst. Die Waren werden produziert um verkauft zu werden, nicht um damit ein Bedürfnis zu erfüllen, auf das sich möglicherweise verzichten ließe. Für diesen Zweck müssen sie auch nicht lange halten. Was kaputt geht, kann neu verkauft werden. Um die Gewinne erneut investieren zu können und daraus weiteren Profit zu machen, müssen immer neue Märkte zum Absatz von Waren erschlossen werden. Eine Welt, in der die Menschen über Schaden und Nutzen von Produktionsprozessen abwägen und tatsächlich über diese bestimmen können, gibt es nur ohne Markt.



3 Der Staat als Klimaretter?

Während die „grünen Konsument_innen“ und Postwachstumskritiker_innen über den menschengemachten Klimawandel diskutieren und dessen Eindämmung mit systemkonformen Lösungen versuchen, nimmt dieser gerade erst so richtig an Fahrt auf. Trotz dessen sind die Folgen schon jetzt nicht mehr zu übersehen. Studien ergeben, dass nur eine Begrenzung der Erwärmung um 1,5°C die Katastrophe noch abwenden kann. Hierfür muss die Treibhausgasemissionsrate auf null gesenkt werden. Alle Zeichen stehen auf Rot!

Es kommt einem schnell das Gefühl, dass diese Information die Politik noch nicht erreicht hat. Jedoch ist der menschengemachte Klimawandel schon seit langem Inhalt internationaler Politik. Bereits 1979 tagte die erste Weltklimakonferenz in Genf. 1992 wurde das Rahmenabkommen über Klimaveränderungen auf der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro von 154 Staaten unterzeichnet. Dieses internationale Umweltabkommen hat das erklärte Ziel, eine gefährliche menschengemachte Störung des Klimas zu verhindern, die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mindern. Das 1997 auf der UN-Klimakonferenz beschlossene Kyoto-Protokoll gilt als weiterer Meilenstein des internationalen Klimaschutzes. Neben der konkreten Verpflichtung der Industriestaaten zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen wurden Instrumente zur Senkung dieser geschaffen wie die Einführung des Handels mit Emissionsrechten. Zuletzt wurde 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris das ambitionierte Ziel formuliert, die globale Erwärmung auf deutlich unter die magische Grenze von 1,5°C zu beschränken, ab der sich der Klimawandel verselbstständigt. Hierzu sollen die CO₂-Emissionen zwischen 2045 und 2060 auf null reduziert und bereits in der Atmosphäre gebundene Treibhausgase resorbiert werden. Doch aller Verträge und Lippenbekenntnissen zum Trotz steigen die Emissionen jährlich an. Das selbst gesteckte Ziel, die Erwärmung auf ein Minimum zu reduzieren, erscheint kaum noch zu erreichen.

Mitte 2018 begann die junge Schwedin Greta Thunberg deshalb jeden Freitag unter dem Motto "Schulstreik fürs Klima" vor dem Parlament in Stockholm zu protestieren. Sie richtete den Appell an die Politiker_innen, die Vorgaben des Pariser Abkommens endlich umzusetzen und den Klimawandel zu stoppen. Aus ihrem Engagement entstand die weltweite Jugendbewegung Fridays for Future, die den Zeigefinger – statt im Unterricht – auf Kundgebungen mahnend in Richtung der Politik hebt. Hunderttausende Schüler_innen und Studierende fordern seitdem von den Regierungen ihrer Länder eine lebenswerte Zukunft, die nicht weiter von menschengemachten Klimaveränderungen gefährdet ist. Die junge Protestbewegung fand schnell eine riesige Öffentlichkeit und viel Unterstützung in weiten Teilen der Gesellschaft. So schlossen sich 200 Wissenschaftler_innen unter dem Label Scientists for Future den Forderungen der Jugend an die Regierungen an. Auch zahlreiche Eltern solidarisierten sich als Parents for Future mit ihren streikenden Kindern und pochten auf ein strenges Klimaschutz-Gesetz.

Doch nicht nur das. Auch Politiker_innen verschiedener Parteien äußerten Sympathie für die "Schulschwänzer_innen". Sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier äußerten Verständnis und Wohlwollen für die Jugend, jedoch nicht ohne ein entscheidendes Aber. So verkündete der Bundeswirtschaftsminister: „Klimaschutz wird dann nur funktionieren, wenn unser Wohlstand dadurch nicht gefährdet wird“. Dass Klimaschutz unseren Wohlstand gefährdet, erscheint bei den apokalyptischen Szenarien, zu denen die globale Erwärmung nach zahlreichen Prognosen renommierter Wissenschaftler_innen führt, absurd. Was uns der Bundeswirtschaftsminister vielmehr mitteilen möchte, ist, dass Maßnahmen zum Klimaschutz sich in einem Rahmen bewegen müssen, in dem sie den wirtschaftlichen Interessen des Standorts Deutschland nicht im Wege stehen. Damit steht er nicht allein da. Denn die Aussage von Altmaier ist nicht nur Ausdruck seiner persönlichen Einschätzung, sondern Resultat des Zwecks staatlicher Politik insgesamt.

Denn, indem die Staaten mit Verfassung, Justiz und Polizei das Privateigentum durchsetzen, schaffen sie eine Klassengesellschaft. Auf der einen Seite steht der Großteil der Menschen, die Lohnabhängigen, die keinen Zugriff auf Produktionsmittel wie Rohstoffe und Maschinen haben. Demgegenüber stehen auf der anderen Seite die wenigen Menschen, denen die Produktionsmittel und das Land gehören. Über die hergestellten Dinge verfügen am Ende nicht die Menschen, die sie durch ihre Arbeit geschaffen haben, sondern die Kapitalist_innen, die andere für sich arbeiten lassen. Die Folge dieser staatlich gesicherten Eigentumsordnung ist, dass selbst die lebensnotwendigsten Dinge nur verfügbar sind, wenn ihr Preis bezahlt wird. Wohnraum, Nahrung, Kleidung, Mobilität – für alles muss gezahlt werden. Denn in dieser Gesellschaft geht es nicht um das menschliche Bedürfnis an sich, sondern um die Vermehrung des Reichtums der Kapitalist_innen. Dies geht jedoch nur durch die Ausbeutung der eigentumslosen Lohnabhängigen, die nichts haben außer ihre Arbeitskraft und diese gegen einen Lohn verkaufen müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Die Vermehrung des eingesetzten Kapitals entsteht, da der gezahlte Lohn nur einem Bruchteil des Wertes der Arbeit entspricht, den die Lohnabhängigen während ihrer Arbeitszeit zur Herstellung von Waren verausgabt haben. Dass unser Leben als Lohnabhängige ein bloßer Kostenfaktor für die Kapitaleigentümer_innen ist, hat fatale Konsequenzen. Für die Einzelnen bedeutet dies ein in der Regel beständig zu kleiner Geldbeutel, Leistungszwang und Abhängigkeit. In Bezug auf die Veränderung des Weltklimas kommt der Umstand hinzu, dass ausgerechnet diejenigen, die unter den erbärmlichsten Bedingungen zu arbeiten haben, am stärksten unter den Veränderungen leiden. Während die Unternehmen auf Kosten der Umwelt Profite erwirtschaften, verlieren andere ihre Lebensgrundlage. Wenn die Naturressourcen einer Region ausgebeutet wurden und die Gewinnspanne sinkt, ziehen sie weiter, um in der Konkurrenz der Marktwirtschaft auch weiterhin erfolgreich zu sein. Zurückbleiben nicht nur ausgelaugte Böden, schmutziges Grundwasser und gerodete Wälder, sondern

auch die nun überflüssigen Lohnabhängigen, die dann keine Perspektive mehr haben.

Da sich nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Staaten als Wirtschaftsstandorte auf dem Weltmarkt gegenüberstehen, unterliegen auch sie der Konkurrenz und der Verwertungslogik. Die Staaten schaffen die marktwirtschaftliche Konkurrenz, welche die Politik wiederum zwingt, alle Entscheidungen der kapitalistischen Verwertung unterzuordnen. So sind strenge Umweltauflagen oder obligatorische Klimaschutzmaßnahmen den Unternehmen ebenso ein Dorn im Auge wie hohe Löhne und Arbeitnehmer_innenrechte. All dies schmälert den Profit, den Zweck und Motor der kapitalistischen Ökonomie. Um also die Attraktivität des eigenen Staates als Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden, müssen diese produktionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Unternehmen innerhalb der eigenen Landesgrenzen bleiben oder sich ausländische Unternehmen ansiedeln. Dafür sind neben einer gut ausgebauten Infrastruktur niedrige Produktionskosten notwendig. Durch die von Fridays for Future geforderte CO₂-Steuer würden die Produktionskosten, vor allem CO₂ intensiver Produkte, steigen. Da es im Kapitalismus Ziel ist, den Profit zu maximieren, sind zusätzliche Kosten ein Standortnachteil auf dem Weltmarkt. Unternehmen, die in Staaten ohne CO₂-Steuer angesiedelt sind, können ihre Waren bei gleichem Profit günstiger auf dem Markt verkaufen – ein entscheidender Vorteil. Eine CO₂-Steuer könnte somit eine Ruinierung oder Abwanderung von Unternehmen zur Folge haben. Um dies zu verhindern, wird Deutschland den Umfang einer solchen Steuer klein halten. Denn wie Peter Altmaier den Standpunkt des Staates treffend beschrieb, muss Klimaschutz im globalen Kapitalismus notwendiger Weise hinter den wirtschaftlichen Interessen des Staates zurückstehen.

Darüber hinaus ist es ein Trugschluss, dass der Erfolg der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, wie von Altmaier behauptet, überhaupt zu einem erhöhten Wohlstand für die Menschen in Deutschland führt. Vielmehr bedeutet dieser, den weiteren Wohlstand für die Besitzenden der Unter-

nehmen, also denjenigen, welche durch die Ausbeutung der Lohnabhängigen Geld verdienen. Dass der ökonomische Erfolg des eigenen Staates sich nicht in den Geldbörsen aller Staatsbürger_innen widerspiegelt, zeigt die Entwicklung in Deutschland besonders gut auf. So ist der Grund für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands im globalen Wettbewerb unter anderem die 2005 eingeführte Hartz IV Reform. Die BRD hat durch Maßnahmen, wie die Einführung von Leiharbeit oder die Sanktionierung von Arbeitslosen, für eine Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse innerhalb eines der reichsten Länder der Erde gesorgt. Löhne, die nicht zum Leben reichen, Altersarmut, eine immer weiter auseinanderklaffende Vermögensverteilung und eine Zunahme der relativen Armut sind Ausdruck davon, wie der Standort Deutschland auf Kosten der Lohnabhängigen frühzeitig wettbewerbsfähig gemacht wurde. An diesen Beispielen sehen wir, dass der ökonomische Erfolg der Kapitalist_innen des Staates auf Kosten der meisten Staatsbürger_innen durchgesetzt wurde. Mit Wohlstand meint Altmaier also zu aller erst den Wohlstand der Kapitalist_innen und den Erfolg ihrer Unternehmen auf dem Weltmarkt. Eben diesem Zweck wird auch der Schutz des Klimas untergeordnet, worauf sich die Aussage Altmaiers reduzieren lässt.

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel sich in der Weltgemeinschaft für Klimaschutz einsetzt, widerspricht der Standortlogik und dem Profitinteresse nicht. Im Gegenteil: Es ist Resultat dessen. Denn im Gegensatz zu anderen Staaten wie Russland oder China verfügt die Bundesrepublik über lediglich geringe Ressourcenvorkommen wie Kohle oder Öl. Zwar hatte Deutschland in der Vergangenheit Kohlelagerstätten, wie beispielsweise im Ruhrgebiet, jedoch sind diese bereits weitgehend erschöpft und schwer zugänglich. Daher ist deutsche Kohle unrentabel und dies Grund dafür, dass Deutschland bereits heute seine Kraftwerke, die als Motor der heimischen Industrie fungieren, mit Kohleimporten aus dem Ausland betreibt. So importierte die BRD allein im Jahr 2013 12,5 Millionen Tonnen Kohle aus Russland, 12 Millionen Tonnen aus den USA und 10 Millionen Tonnen aus Kolumbien. Auch aus dem Nachbarland Polen wurden im gleichen

Jahr 3,4 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Energieträgers eingeführt. Die Ausgaben für die Kohleimporte allein aus diesen vier Ländern betrugen dabei knapp 3 Milliarden Euro. Das Interesse Deutschlands an einem Ausbau regenerativer Energien als zentraler Bestandteil der Klimaschutzpolitik resultiert aus dem politischen Interesse, unabhängig von Energieimporten zu sein. Der deutsche Staat will auch in Zukunft über eine günstige und sichere Energieversorgung verfügen, um gute Rahmenbedingungen für Investitionen von Kapital und Verwertung von Arbeitskraft zu garantieren. Außerdem will der deutsche Standort um jeden Preis verhindern, von den geopolitischen Interessen anderer Staaten abhängig zu sein, um seine nationalstaatliche Souveränität zu erhalten.

Dass die deutsche Politik sich als „Klimaweltmeister“ bezeichnet und andere Staaten für ihr fehlendes Umweltbewusstsein kritisiert, erscheint daher verlogen. Denn die Tatsache, ob sich ein Staat Klimaschutz auf die Fahne schreibt oder nicht, ist in erster Linie eine ökonomische Entscheidung. Staaten wie Russland oder Saudi-Arabien, die ein Interesse am Export von Kohle und Öl haben, sind überwiegend gegen strenge Klimaschutzauflagen. Dem gegenüber hat der deutsche Staat, wie beschrieben, ein Interesse an einer unabhängigen und kostengünstigen Energieversorgung sowie an dem Verkauf grüner Technologien. Die Ausrichtung der Klimapolitik eines Staates resultiert also vorwiegend aus den Standortbedingungen und dem Interesse eines jeden Staates, innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfolgreich zu sein. Die völlig unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und die daraus resultierenden verschiedenen Interessen der Staaten führen dazu, dass sich die Staatengemeinschaft nicht auf wirksame Klimaschutzmaßnahmen einigen kann. Daran wird auch der Appell von Fridays for Future in Richtung der Politik nichts ändern. Aus „Wir streiken bis ihr handelt“ muss „Wir handeln“ werden.

In regelmäßigen Abständen treffen sich Politiker_innen aus aller Welt, um über globale Maßnahmen zur Abwendung des Klimawandels zu verhandeln. Doch mit dem Verweis darauf, dass strenge Umweltschutzaufgaben den ökonomischen Wohlstand des eigenen Staates gefährden, bleibt es zumeist nur bei bloßen Lippenbekenntnissen. Da sich die Staaten im globalen Wettbewerb gegenüberstehen, will kein Staat seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort gefährden. Um dies zu gewährleisten, werden produktionsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen, damit das Kapital innerhalb der eigenen Landesgrenzen investiert wird. Strenge Klimaschutzauflagen oder hohe Löhne schmälern den Profit und stehen dem Ziel eines „wirtschaftsfreundlichen Standortes“ im Wege. Das unzureichende Klimaschutzgesetz oder die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse sind Ausdruck davon, wie der Standort Deutschland auf Kosten der Umwelt und der Arbeitnehmer_innen wettbewerbsfähig gemacht wird. Effektive Klimaschutzmaßnahmen gefährden somit lediglich den Wohlstand der Kapitalist_innen eines Standortes, welchen diese durch die Ausbeutung von Mensch und Natur erwirtschaften.



4 Das regelt der Markt?

Neben dem Interesse des deutschen Standorts unabhängig von Energieimporten zu sein, verspricht die Investition in erneuerbare Energien und grüne Technologie, dass Klimaschutz einen Wachstumsmotor darstellen kann. Gerade in Zeiten, in denen eine Wirtschaftskrise die nächste jagt und die Wachstumsraten immer flacher werden, sind Wachstumsimpulse gerne gesehen. Dies verstärkt den Drang, Möglichkeiten zu finden, um neue Märkte zu erschließen und dadurch die Wirtschaft anzukurbeln. Im Gegensatz zu den Anhänger_innen der Postwachstums-Bewegung sehen die Verfechter_innen des Grünen Kapitalismus das Wachstum also nicht als Wurzel allen Übels, sondern wollen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang bringen.

Ihre konkrete Idee sieht dabei wie folgt aus: Jede Fabrik und jedes Kraftwerk erhält kostenlos Zertifikate zugeteilt, die sie berechtigen, eine vorgegebene Menge Kohlenstoffdioxid zu imitieren. Die Menge der herausgegebenen Emissionsrechte richtet sich dabei nach der politisch festgelegten Gesamtmenge des CO₂-Ausstoßes. Sind die Zertifikate und das damit einhergehende Kontingent einer Anlage ausgeschöpft, müssen die Betreiber_innen neue Zertifikate erwerben. Diese müssen von den Betreiber_innen anderer Anlagen abgekauft werden, welche einen geringen CO₂-Ausstoß haben und demzufolge Teile der ihnen zur Verfügung stehenden Emissionsrechte weiterverkaufen können. Der Emissionshandel funktioniert also nach dem sogenannten „cap & trade-Prinzip“: Die Gesamtmenge des CO₂-Ausstoßes ist durch die limitierte Menge der zur Verfügung stehenden Zertifikate gedeckelt (cap) und die Emissionsberechtigungen können frei gehandelt werden (trade).

Dieser Emissionshandel findet heute sowohl auf internationaler Ebene zwischen Staaten als auch auf nationaler Ebene zwischen einzelnen Anlagenbetreiber_innen statt. Aus Sicht derer, die den Emissionshandel befürwor-

ten, hat dieser verschiedene Vorteile. Zum einen hält sich der Staat aus der unmittelbaren Ausgestaltung der CO₂-Einsparung heraus und überlässt die konkrete Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen den Unternehmen, denen die Fabriken und Kraftwerke gehören. Zum anderen resultiert aus der Inwertsetzung von Emissionen ein Anreiz, in klimafreundliche Technologien zu investieren und dadurch Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zusammenzuführen. So stellt Christian Lindner klar, dass es ihm und seiner Partei um den klimaneutralen technologischen Fortschritt gehe und weniger um „kulturellen Schnickschnack“. Damit spielt Lindner auf die diffuse Hoffnung an, dass bald eine Technologie entwickelt werden könnte, die die Umweltzerstörung stoppt.

Doch das blinde Vertrauen in die Forschung und daraus resultierender klimaneutraler Innovation ist mehr als fragwürdig. Denn auch im Bereich der Forschung geht es in diesem angeblich vernünftigsten aller Gesellschaftssysteme absurd zu. Schließlich forschen viele verschiedene private und staatliche Institute an denselben Innovationen und versuchen gleichzeitig ihre Fortschritte vor den anderen geheim zu halten. Der Grund dafür ist, dass in der kapitalistischen Gesellschaft nicht geforscht wird, um die Umwelt zu schützen, sondern um sich einen Vorteil auf dem Markt in Konkurrenz zu anderen Unternehmen oder Staaten zu verschaffen. So gibt es schon seit längerer Zeit Maschinen, die bei gleicher Leistung weniger Energie verbrauchen. Doch die Frage, ob diese Technologie zum Einsatz kommt, wird nicht nach ökologischen Kriterien beantwortet. Ist es für ein Unternehmen profitabler, schmutzige Maschinen bei der Produktion einzusetzen, werden die ökologischen Auswirkungen in Kauf genommen. Wenn hingegen durch effizientere Maschinen Energiekosten gesenkt werden können, wird sich für die „grüne Alternative“ entschieden. Selbst wenn also eine Maschine eingesetzt wird, die weniger Ressourcen verbraucht, wird dies nicht getan, weil einem einzelnen Unternehmen die Umwelt am Herzen liegt, sondern weil dies günstiger ist und es den Unternehmen größere Gewinne in die Kasse spült.

Außerdem sorgt eine technisch-effizientere Nutzung von Rohstoffen und Ressourcen nicht dafür, dass sie insgesamt weniger beansprucht werden, sondern für das Gegenteil: Lässt sich ein Rohstoff effizienter nutzen, wird er insgesamt mehr genutzt. Wenn sich beispielsweise ein Unternehmen Maschinen anschafft, welche für die gleiche Arbeitsleistung nur noch ein Drittel der Energie benötigt, sorgt dies nicht dafür, dass das Unternehmen nur noch ein Drittel der Energie verbraucht, sondern dafür, dass durch die gesunkenen Produktionskosten mehr Waren auf den Markt geworfen werden. Dies ist als Jevons-Paradoxon bekannt. Wir sehen: Klimaschutz verkommt in der auf Profitmaximierung beruhenden kapitalistischen Wirtschaftsweise zu einer rein ökonomischen Stellschraube, die mal mehr oder weniger genutzt wird.

Ein weiterer Irrglaube hinsichtlich des Emissionshandels ist die Vorstellung, dass die Gesamtmenge des CO₂-Ausstoßes kontinuierlich reduziert werden kann. Das Gegenteil ist zu beobachten. So schrieb das Bundesumweltamt im Jahre 2018: „In der zweiten und dritten Handelsperiode (2013-2020) entwickelte sich im Europäischen Emissionshandel ein massiver Überschuss an Berechtigungen, der zu einem starken Preisverfall geführt hat“. Als Gründe dafür werden drei Punkte genannt. Einerseits ist nach der Auffassung des Amtes die festgelegte Gesamtmenge an CO₂-Emissionen zu hoch, sodass den Betreiber_innen der Anlagen zu viele Berechtigungen bereitgestellt wurden. Andererseits führte die Wirtschaftskrise 2008/2009 zu einem Rückgang der Produktion, sodass weniger Berechtigungen benötigt wurden. Verstärkt wurde das Überangebot zudem dadurch, dass Anlagenbetreiber_innen für Klimaschutzprojekte wie beispielsweise Aufforstungen in Entwicklungsländern zusätzliche Minderungs-zertifikate bekamen, die nicht im ursprünglichen Gesamtbudget aller Zertifikate enthalten waren. Unterm Strich war das Angebot an Zertifikaten dadurch temporär doppelt so groß wie die Nachfrage. „Der Umfang überschüssiger Berechtigungen hat einen deutlichen Einfluss auf die Preise im Europäischen Emissionshandel. Zu Beginn der zweiten Handelsperiode im Jahr 2008 erreichten die Preise für kurze Zeit ein Niveau von 25

bis 30 Euro. Dann sanken sie auf unter zehn Euro und stabilisierten sich zwischen 2009 und 2011 bei etwa 15 Euro. Ab Mitte 2011 rutschten sie kontinuierlich ab. Auf dem Höhepunkt der Überschussentwicklung sanken die Preise 2013 zeitweise auf unter drei Euro“, analysiert das Umweltbundesamt die Preisentwicklung. Wir sehen: Der Emissionshandel verfehlt aus verschiedenen Gründen das selbstgesteckte Ziel, einen Anreiz zu Investitionen in regenerative Energien zu schaffen. Denn bei solch niedrigen Preisen für die Zertifikate ist davon auszugehen, dass es fast immer günstiger ist billige Zertifikate zu kaufen, anstatt viel Geld in energiesparendere Maschinen zu investieren.

Theoretisch könnten die Staaten die Schlupflöcher schließen und den Markt durch Mindestpreise, eine Verringerung der Gesamtmenge an Berechtigungen oder einen Stopp der Minderungszertifikate stärker regulieren sowie den Anreiz zum Einsatz grüner Technologien dadurch erhöhen. Doch so einfach ist das nicht. Denn falls ein Staat auf nationaler Ebene einen sich kontinuierlich senkenden Deckel einführt, kann das schnell zum Standortnachteil werden. Hat ein Staat einen Deckel, ein anderer jedoch nicht, droht eine Abwanderung energieintensiver Produktionszweige und damit einhergehend ein ökonomischer Verlust. Demzufolge ist es die marktwirtschaftliche Konkurrenz selbst, die der notwendigen Reduzierung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen im Weg steht.

Grundidee eines grünen Kapitalismus ist es, der Klimakrise nicht durch direktes staatliches Eingreifen wie Verbote oder Steuern zu begegnen, sondern die Lösung für die ökologische Krise den Unternehmen selbst zu überlassen und lediglich einen marktbedingten Anreiz zu schaffen, das Klima zu schützen. Die populärste Möglichkeit, dies zu realisieren, ist die Einführung des Emissionshandels. Nach Auffassung der Befürworter_innen des Emissionshandels entsteht durch diesen ein Anreiz, in klimafreundliche Technologien zu investieren und somit Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zusammenzuführen. Doch dieses System funktioniert nicht. Denn falls ein Staat auf nationaler Ebene einen sich kontinuierlich senkenden Deckel einführt, kann dies schnell zu einem Standortnachteil werden. Gibt ein Staat wenig Zertifikate heraus, um die CO₂-Emission zu reduzieren, ein anderer jedoch nicht, droht eine Abwanderung energieintensiver Produktionszweige. Daher wird der Staat die Anzahl der Zertifikate nur so weit reduzieren, dass die Profite der Unternehmen nicht gefährdet werden. Daraus resultierend kommt es zu einem Überangebot und einem Preisverfall der Zertifikate, wodurch sich die Anreize des Emissionshandels in Rauch auflösen.



5 Durch die Atmosphäre!

Heute treibt die Angst um die Zukunft auf der ganzen Welt Menschen auf die Straße. Neben Fridays for Future gibt es unter anderem mit Ende Gelände eine starke aktivistische Klimabewegung. Durch direkte Aktionen wie die Besetzungen von Braunkohletagebauten oder die Blockade der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA), hat diese ihr berechtigtes Anliegen erst in die öffentliche Debatte gebracht. Eine wunderbare Parole, die immer wieder auf Schildern und Transparenten zu lesen ist, lautet: „System Change, not Climate Change“.

Die Klimabewegung hat die Politik dazu gezwungen, sich zu ihr und ihren Forderungen zu verhalten. Bei den letzten Wahlen fuhren die Grünen große Wahlerfolge ein. Die politischen Parteien versuchen, die junge Bewegung zu umgarnen und ihnen so die Zähne zu ziehen. Damit die Klimabewegung ihrem Anliegen jedoch gerecht werden kann, darf sie nicht in die reformistische Sackgasse laufen. Ihre Forderungen müssen also nicht an den Staat, sondern gegen ihn gerichtet sein. Denn es muss klar sein, dass die Forderung nach einem „System Change“ nicht mit dem Staat, sondern nur gegen den Staat durchgesetzt werden kann. Denn dieser Staat ist es, der das kapitalistische Wirtschaftssystem mit Polizei und Justiz durchsetzt.

Auf welcher Seite die Politik steht wird schnell klar, wenn man sich anschaut, wie sie mal eben für das wirtschaftliche Interesse von RWE tausende Menschen enteignet, damit ihre Häuser dem Braunkohleabbau weichen können. Gleichzeitig löst eine Äußerung des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert über die Vergesellschaftung des BMW-Konzerns wochenlange Furore in der Bundespolitik aus. Die Klimabewegung muss die soziale und ökologische Frage zusammendenken und den Staat als Verwalter einer Gesellschaftsordnung ausmachen, welche systematisch Menschen und Natur ausbeutet. Das Weltklima als Lebensgrundlage der Menschheit erhalten zu wollen, aber gleichzeitig das andauernde Elend, welches das

Leben im Kapitalismus mit sich bringt, in Kauf zu nehmen, ist ohnehin ein bescheidenes Ziel.

Eigentlich müsste alles ganz anders sein. Um die Klimakrise abzuwenden, müssen wir uns von den Gesetzen des Marktes befreien, die all unsere Versuche, den Planeten als lebenswerten Ort zu erhalten, seiner Logik unterordnet. Denn auch wenn uns die alles umfassende Marktlogik wie ein Naturgesetz vorkommt, ist sie es im Gegensatz zum Schmelzpunkt der Gletscher nicht. Die kapitalistische Ordnung der Welt wurde von Menschen erschaffen und kann von uns Menschen abgeschafft werden. Nämlich, wenn wir uns als Klasse der Lohnabhängigen die Produktionsmittel wie Fabriken und Maschinen und das Land, auf dem sie stehen, aneignen. Also das Privateigentum an ihnen aufheben, das erst den Markt entstehen lässt und so den Warentausch für den Profit und dessen Reinvestition notwendig macht – letztendlich jeden Bereich des Lebens unter sein Diktat zwingt.

Wenn wir gemeinsam über die gesellschaftliche Produktion entscheiden, ermöglicht das die Verteilung der hergestellten Güter nach den Bedürfnissen, statt nach der Zahlungsfähigkeit von Kund_innen einzurichten. Ohne den marktbedingten Zwang der Profiterwirtschaftung werden die Güter hergestellt, um gebraucht zu werden. In unserer heutigen kapitalistisch organisierten Gesellschaft ist das Herstellen von Dingen eigentlich ein Selbstzweck, weil es um den Nutzen des Dinges gar nicht geht, sondern bloß um den Profit, der sich damit auf dem Markt erwirtschaften lässt. Die Menschenfeindlichkeit dieses Gesellschaftssystems zeigt sich spätestens, wenn Lebensmittel vernichtet werden, während in Teilen der Erde Menschen hungern. Gerade diese Menschen haben in ihrer Armut nicht die Mittel, um sich gegen die Folgen des Klimawandels zu schützen. Die immer schlechter werdenden Klimabedingungen treiben immer mehr Menschen in die Flucht. So ist in vielen Teilen der Welt eine Ausbreitung der Wüsten zu beobachten, die den dort lebenden Menschen ihre Existenzgrundlage raubt. Schaut man sich die Situation an den Außengrenzen Europas an,

zeichnet sich eine Lage ab, in der sich die Lebensbedingungen in der Peripherie durch den Klimawandel und die Automatisierung der Produktion immer weiter verschlechtern, während sich die reichen Nationen zunehmend abschotten. Das Ganze ist keine Dystopie, sondern der Alltag des kapitalistischen Normalvollzuges.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Arbeit dem guten Leben für alle Menschen dient, statt dem Hamsterrad der Profiterwirtschaftung. Eine Gesellschaft, in der allein das Bedürfnis zählt statt das Geld im Portemonnaie. Durch die gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsmittel können wir tatsächlich darüber bestimmen, was, wann und wie produziert wird. Wir sind befreit von den Sachzwängen der Profitabilität auf ökonomischer und der nationalstaatlichen Konkurrenz auf politischer Ebene – eine tatsächliche Postwachstumsökonomie. Statt in unserer heutigen Ohnmacht auf den bestenfalls kurzen Hebel einer angeblichen Konsument_innenmacht zu setzen, hätten wir eine tatsächliche Produzent_innenmacht. Endlich würde nicht mehr die Produktion über die Menschen, sondern die Menschen über die Produktion bestimmen.

Manche mögen die Vorstellung von einer Gesellschaft, die auf Solidarität basiert statt auf Konkurrenz, für ein Hirngespinnst halten. Sie sagen: „die Menschen sind eben so“. Tatsächlich ist das Bewusstsein der Menschen dadurch geprägt, wie die Welt um sie herum funktioniert. In der Marktwirtschaft, in der alle in ständiger Konkurrenz zueinander stehen, lernen sie schnell, dass es sich lohnt, mit ausgefahrenem Ellenbogen durch das Leben zu gehen. Der alles umfassende Markt unterwirft jedes Denken seiner Logik. In Beziehungen wird „investiert“, jedem Ding, das sich in der Natur finden lässt, wird ein „Wert“ angedichtet. Das Sein schafft das Bewusstsein. Mit der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner Logik, wird sich auch das Bewusstsein der Menschen verändern. Das eigentliche Hirngespinnst ist es doch zu glauben, es kann so bleiben wie es ist.

In Anbetracht der sich zuspitzenden ökonomischen sowie ökologischen Widersprüche, welche sich zum einen in der zunehmenden Überflüssigmachung und Verelendung der Lohnabhängigen sowie zum anderen in der Zerstörung der Natur und Umwelt zeigen, ist der Punkt erreicht, an dem wir den Kapitalismus überwinden müssen, bevor die Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft erloschen ist. Das kann nur funktionieren, wenn sich die immer größer werdende Masse der Lohnabhängigen, ob mit oder ohne Anstellung, organisiert, mit dem gemeinsamen Ziel die bürgerlichen Staaten zu zerschlagen und die besitzende Klasse zu enteignen.

Ebenso wie das Kapital, dürfen auch seine Gegner_innen keine Landesgrenzen kennen. Die Einrichtung einer Planwirtschaft innerhalb eines Staates kann nicht verhindern, dass das allgemeine Prinzip des Wertes weiterhin die Welt bestimmt und auch ein sozialistisch regierten Staat dazu zwingt, sich diesem unterzuordnen und mit der restlichen kapitalistischen Welt zu konkurrieren. Unter diesem Druck haben die sozialistischen Staaten der Vergangenheit wie beispielsweise die Sowjetunion nach und nach die Perspektive der Weltrevolution gegen eine respektable Stellung in Weltpolitik und Weltmarkt eingetauscht und eine autoritäre Entwicklungspolitik, die brutal mit Mensch und Umwelt umging, durchgesetzt.

Um aus dem inneren Scheitern der ersten Anläufe den stummen Zwang des Kapitalismus abzuschaffen, zu lernen, muss die kommende Bewegung von einem antinationalen Internationalismus geprägt sein. Diese Bewegung muss sich über Landesgrenzen hinaus organisieren und global agieren. Wenn sie Teile der politischen Macht übernimmt, darf sie nicht stehen bleiben und sich institutionalisieren, sondern stattdessen als kämpfende Bewegung weiterexistieren. Das Ziel muss darin liegen, die Revolution bis in das letzte Fleckchen des Erdballs zu tragen, bis die Bewegung und damit die politische Macht abstirbt, weil sie selbst überflüssig geworden ist.

Eine neue Form der gesellschaftlichen Organisation muss an die Stelle des Alten treten, welche weder, wie heute die Verwaltung der Menschen

zum Zweck der Wertverwertung zum Ziel hat, noch die Organisation der Weltrevolution. Stattdessen soll diese neue Form der gesellschaftlichen Organisation bloß die rationale Verwaltung von Dingen unter Maßgabe des Bedürfnisses zur Aufgabe haben. Mit Computertechnik und Internet gibt es bereits heute ein mögliches Werkzeug, um Produktionsschritte geplant miteinander abzustimmen und Verbrauch und Bedarf zu ermitteln. Solche Technologien müssen also von ihren kapitalistischen Fesseln befreit werden und es müssen Formen und Verfahren gefunden werden, die es ermöglichen, die verschiedenen Partikularinteressen miteinander abzuwägen. Dies alles muss auf der einen Seite vernünftig passieren, ohne das Individuum der bloßen Berechnung unterzuordnen und auf der anderen Seite demokratisch, ohne die Vernunft zugunsten der Einzelinteressen fallen zu lassen.

Solch eine Gesellschaft, in der eine gemeinschaftlich organisierte Bedürfnisproduktion stattfindet, nennen wir Kommunismus. Eine so verfasste Gesellschaft ist noch kein Garant für die Rettung des Weltklimas, doch sie ermöglicht es erst, überhaupt eine Abwägung zu treffen, was gebraucht wird und welche Konsequenzen dafür in Kauf genommen werden können. Da aber der Erhalt einer lebenswürdigen, intakten Umwelt die Existenzgrundlage der Menschen ist, wird dieses Anliegen in der Planung einer kommunistischen Ökonomie Berücksichtigung finden. Schließlich ist sie die Voraussetzung für die menschliche Zivilisation insgesamt. Erst in solch einer staaten- und klassenlosen Gesellschaft, kann die Menschheit kollektiv und vernünftig Handeln, ohne von der unsichtbaren Hand des Marktes getrieben oder wie in vergangenen Gesellschaftsformen, von durch Götter legitimierte Herrscher gezwungen zu werden. Sie wäre der Anfang der bewussten Menschheitsgeschichte und somit auch der Anfang eines bewussten Umgangs mit dem Planeten, auf dem wir leben.



Über uns

Wir sind ALIBI – die antinationale Linke Bielefeld. Angetreten in Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks, in denen alles zu fordern das Wenige ist das bleibt.

Und das ist für uns nicht weniger als eine Gesellschaft die auf Solidarität basiert statt auf Konkurrenz, die Vereinigung freier Individuen, in der jede*r ohne Angst verschieden sein kann, statt der Unterordnung im nationalen oder religiösen Kollektiv – spricht: die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln.

Wir kämpfen für die gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel, statt Privateigentum, für das Ende der alltäglichen kapitalistischen Drangsalierung und des Staats als ihre verwaltenden Instanz, für eine gesellschaftliche Produktion, deren Zweck die Bedürfnisbefriedigung und das schöne Leben aller Menschen ist – für die befreite Gesellschaft – für den Kommunismus!

alibi.noblogs.org
a-li-bi@riseup.net



